

Presseaussendung

Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen in den österreichischen Bundesländern

FIW-Studie "Außenhandel und ausländische Direktinvestitionen in den österreichischen Bundesländern" ist als kostenloser Download unter <http://www.fiw.ac.at> erschienen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend hat das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) im Rahmen des FIW Projektes eine Studie publiziert, die auf einer neu entwickelten Methode zur Einschätzung des Außenhandels der neun NUTS-2-Regionen in Österreich beruht. Die Studie zeigt, dass die Regionen in unterschiedlichem Ausmaß auf Außenhandel angewiesen sind. Ebenso verschieden ist die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen. Nur drei österreichische Regionen haben einen Handelsbilanzüberschuss, während alle anderen zum Teil große Handelsbilanzdefizite aufweisen. Damit verbunden ist auch eine unterschiedliche Reaktion auf die Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Die Beschäftigung ist in allen Bundesländern aufgrund des Außenhandelsrückganges gefallen, die Verluste in den wettbewerbsfähigen Regionen waren aber um ein Vielfaches niedriger als in den anderen österreichischen Bundesländern.

Große Unterschiede in der Außenhandelswettbewerbsfähigkeit zwischen den österreichischen Bundesländern

Seit über einem Jahrzehnt nahm die Bedeutung des Außenhandels für die meisten österreichischen Bundesländer kontinuierlich zu. So stiegen vom Jahr 1999 bis 2008 die Importquoten gemessen am BIP zwischen 9% und 13%, die Exportquote sogar um 10% bis 22%. Die einzigen Bundesländer in denen dieser Anstieg geringer war, waren Burgenland und Wien, letzteres aufgrund seiner starken Orientierung im Dienstleistungsbereich. Die wichtigsten Export-Bundesländer in Österreich sind Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Wien; ihr Anteil an den gesamtösterreichischen Exporten beträgt jeweils zwischen 15% und 22%.

Gleichzeitig bestehen allerdings enorme Unterschiede in der Außenhandelswettbewerbsfähigkeit zwischen den Bundesländern. So waren es vor Ausbruch der Krise, in der Periode 2004/2008, nur drei Bundesländer die Handelsbilanzüberschüsse aufwiesen, Vorarlberg (+10,7% gemessen am BIP), Oberösterreich (+7%) und Steiermark (+1,5%), während in allen anderen Bundesländern Handelsbilanzdefizite zu verzeichnen waren, insbesondere im Burgenland (-17% gemessen am BIP). Diese Unterschiede sind auf die starke Differenzierung in der Wirtschaftsstruktur der Bundesländer zurückzuführen, mit Oberösterreich und Vorarlberg als relativ hochindustrialisierte Bundesländer auf der einen Seite, und einem stark landwirtschaftlich geprägten Burgenland auf der anderen.

Die EU 27 ist der wichtigste Handelspartner für alle österreichischen Bundesländer. Importe aus der EU sind rund viermal höher als Importe aus dem Rest der Welt, die Exporte in die EU 27 sind rund dreimal höher. Nichtsdestotrotz haben die meisten Bundesländer ein Handelsbilanzdefizit vis-à-vis der EU 27, die Ausnahmen bilden Oberösterreich und Vorarlberg. Im Gegensatz dazu weisen alle Bundesländer einen Überschuss im Handel mit dem Rest der Welt auf, mit der Ausnahme von Burgenland, aber selbst hier ist das Defizit mit 0,1% des burgenländischen BIP gering.

Die Wirtschaftskrise traf alle Bundesländer, allerdings waren manche widerstandsfähiger

Während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 gingen im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich und Kärnten sowohl Importe als auch Exporte stark zurück (um rund 6% bis 12% des BIP), wohingegen Tirol und Vorarlberg weitaus schwächer betroffen waren (Importe: ca. -4,5% des BIP, Exporte: -3%). Eine Konsequenz der Krise war eine Verschlechterung der Handelsbilanz in vielen Regionen, insbesondere in Kärnten und im Burgenland, während es in Tirol und Vorarlberg sogar zu einer Verbesserung kam, da die Exporte schwächer als die Importe fielen.

Insbesondere der Handel mit dem Rest der Welt entwickelte sich während der Krise schlecht da die Exporte im Durchschnitt um rund 1,4% des BIP zurückgingen, die Importe allerdings nur um 0,1%.

Der krisenbedingte Rückgang der Exporte führte – wenn man nur direkte Effekte berücksichtigt – zu einem geschätzten Beschäftigungsverlust von rund 0,5% bis 1,6% gemessen an der Gesamtbeschäftigung der Bundesländer. Werden allerdings indirekte Effekte hinzugerechnet, z. B. der Rückgang von Vorleistungen zur Exportproduktion, erhöht sich der Rückgang auf 1,2% bis 3% der Beschäftigten. Stark betroffen waren insbesondere Burgenland und Kärnten, während Tirol und Vorarlberg geringere Verluste aufwiesen.

Große regionale Unterschiede in der ADI-Attraktivität

Innerhalb Österreichs herrscht eine stark unterschiedliche Verteilung der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI); so ist die Zahl der ADI-Projekte (pro Einwohner) in Wien um drei bis fünfmal höher als in allen anderen Bundesländern. Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Tirol weisen eine vergleichsweise hohe ADI-Quote aus, während Burgenland und Niederösterreich im österreichischen Vergleich nur eine geringe Zahl an ADI-Projekten lukrieren konnten.

Gleichzeitig unterscheidet sich die Form der ADI stark zwischen den Bundesländern. Während Wien vor allem ADI im Dienstleistungsbereich anzieht, neigen ADI der mittleren und hochtechnologischen Industrie eher nach Kärnten, Oberösterreich und Tirol, und ADI im Bauwesen, Transport und Einzelhandel nach Salzburg zu gehen.

Im Vergleich mit Regionen innerhalb der EU 27, die einen ähnlichen Urbanisierungsgrad/ländlichen Charakter haben, zeigt sich, dass österreichische Regionen nur bedingt

wettbewerbsfähig sind. Auf der positiven Seite stechen hier insbesondere Wien, Kärnten, Tirol und Oberösterreich hervor, wohingegen Burgenland und Niederösterreich eindeutig einen Wettbewerbsnachteil haben, da sie eine unterdurchschnittliche Zahl an ADI-Projekten aufweisen.

Werden die österreichischen Bundesländer aber mit EU-27-Regionen verglichen, die in etwa dasselbe Einkommensniveau haben, ergibt sich ein leicht positiveres Bild, da in dieser Hinsicht sowohl Burgenland als auch Niederösterreich zumindest in einigen Sektoren eine gewisse Anziehungskraft für ADI besitzen.

Wien, am 18. Oktober 2012

Rückfragen bitte von 10:00 bis 16:00 Uhr an

Roman Römisch, The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw)

Tel. (+43 1) 533 66 10-19

E-Mail: roemisch@wiiw.ac.at

Der "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Rahmen der Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung von drei Instituten – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Rechenzentrum (WSR) – betrieben. Er bietet Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Die FIW-Studien 2012/13 zeigen die Ergebnisse von den vier Themenbereichen "Mikrodaten und Außenwirtschaft", "Modellierung der Auswirkungen von EU-Freihandelsabkommen", "Die Wirtschaftskrise und internationale Makroökonomie" und "Umwelt, Umwelttechnologie und Außenwirtschaft", die im Rahmen des "Forschungsschwerpunkts Internationale Wirtschaft" (FIW) Ende 2011 vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) ausgeschrieben und aus Mitteln der Internationalisierungsoffensive finanziert wurden.

Kontakt:

FIW-Projektbüro

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20

Telefon: (+43 1) 728 26 01-335

E-Mail: fiw-pb@fiw.at

Webseite: <http://www.fiw.ac.at/>
